





Lokaler Aktionsplan Hoher Fläming

"Wo wir nicht handeln - handeln andere …" Stand August 2008

Gliederung

- 1. Ausgangssituation und Problemlage
 - 1.1. Politische Situation
 - 1.2. Straf- und Gewalttaten
 - 1.3. Beschreibung der besonderen Problemlage im Fördergebiet zur Thematik Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
 - 1.4. Vorhandene Netzwerke, zivilgesellschaftliche Initiativen, Partner und Ressourcen
 - 1.5. Darstellung der bisherigen Maßnahmen und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
- 2. Ausrichtung des Lokalen Aktionsplanes
 - 2.1.Ziele
 - 2.1.1. Leitziele
 - 2.1.2. Mittlerziele
 - 2.1.3. Handlungsziele
 - 2.2. Handlungskonzept
 - 2.3. Zielgruppen
- 3. Gender Mainstreaming
- 4. Umsetzung
 - 4.1. Kurzdarstellung der Projektideen
 - 4.2. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen
 - 4.3. Gewährleistung der internen Kommunikation zwischen den beteiligten Akteur(inn)en
 - 4.4. Einbindung des Lokalen Aktionsplans in bestehende oder geplante kommunale Entwicklungskonzepte
 - 4.5. Organisatorische Struktur
 - 4.5.1. Ämternetzwerk
 - 4.5.2. Koordinierungsstelle
 - 4.5.3. Begleitausschuss

5. Evaluierung

- 5.1. Angaben zum vorgesehenen Controlling der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans
- 5.2. Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Selbstevaluation und Qualitätssicherung der Einzelprojekte

Lokaler Aktionsplan Hoher Fläming

"Wo wir nicht handeln - handeln andere ..."

Der lokale Aktionsplan ist Grundlage für systematische und kontinuierliche demokratische Entwicklung des Gemeinwesens. Er soll regionale und lokale Anstrengungen bündeln und stärken.

Mit der Förderung von Projekten wird ein komplexer gesamtgesellschaftlicher Ansatz gefördert und eine Konzentration auf inhaltliche Schwerpunkte erreicht.

Positive Erfahrungen in und mit der Projektumsetzung werden mittels umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht und sorgen somit für weitere positive Impulse in der Region.

Im Hohen Fläming haben sich die Gemeinde Wiesenburg/Mark, die Stadt Treuenbrietzen, die Stadt Belzig und die Ämter Brück und Niemegk haben sich zusammengeschlossen. Der kommunale Zusammenschluss entspricht der Planungsregion 4 des Landkreises Potsdam-Mittelmark und bildet die ländliche, periphere und dünn besiedelte Gegend des Landkreises ab.

1. Ausgangssituation und Problemlage

1.1 Politische Situation

Die Bürgermeister der Gemeinde Wiesenburg/Mark, der Stadt Treuenbrietzen, der Stadt Belzig und der Ämter Brück und Niemegk, gehören der SPD, der Linken, der FDP und der CDU an. Die NPD und die Republikaner haben sich bislang auf kommunaler Ebene nicht zur Wahl gestellt.

Bei den letzten Wahlen verteilten sich die Stimmen überwiegend auf die großen Parteien SPD, die Linke und CDU. Die DVU hat in der Region mit der Zweitstimme in allen Kommunen gleich zwischen 5 und 6% erhalten. Die FDP und die Grünen bleiben hinter den Wahlergebnissen, selbst der DVU, zurück.

Obwohl zurzeit die NPD in den kommunalen Vertretungen noch nicht präsent ist, sprechen die Ergebnisse für dringenden Handlungsbedarf. Die nächsten Kommunalwahlen finden im Herbst 2008 statt. Und "gerüchteweise" wird an mehreren Orten von umfangreichen Stimmen für rechtsextreme Parteien ausgegangen.

1.2. Straf- und Gewalttaten

Polizeilich registriert wurden in den letzten drei Jahren rechtsextremistisch bzw. fremdenfeindliche Straftaten wie Landfriedensbruch, Volksverhetzung, gefährliche Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Gerade in der Kreisstadt Belzig häufen sich die politisch motivierten Straftaten. Dies liegt neben der größeren Bevölkerungsdichte auch an der Zentralisierung vieler infrastruktureller Einrichtungen und auch an größeren Wohngebieten mit vielfach sozial schwachen Bewohnern.

Im Landkreis fanden in der Vergangenheit wiederholt Skinheadkonzerte und Aufmärsche rechter Gruppen statt. Gerade in den letzten Jahren sind nach Aussage der Polizeiwache in Belzig die politisch motivierten Kriminalitätsstraftaten in der Region des Hohen Fläming kontinuierlich zurückgegangen. Aktuell sind keine einschlägig rechtsorientierten Gruppierungen bekannt. Bei den politisch motivierten Gewaltstraftaten sowie den Propagandadelikten handelt es sich um Einzelstraftaten. Inwiefern es stimmt, dass sich aktuell neue rechtsextreme als auch links-extreme Formierungen bilden, wird aktuell von der Polizei nicht kommentiert.

Auch für den Amtsbereich Niemegk ist die Anzahl jugendlicher Straftäter höher als anderswo. Der Zusammenhang kann zu den fehlenden, kontinuierlich bestehenden freizeitpädagogischen bzw. von Sozialarbeitern betreuten Einrichtungen im Amtsgebiet hergestellt werden. In der Vergangenheit bildeten sich auf umfassende rechtsextreme Übergriffe gerade in Brück und Belzig anlassbezogen als Reaktion das Bürgerbündnis "Tu WaS" sowie die Antifa Belzig und daraus das jetzige Info-Café.

Die bislang reaktiven Verhaltensmuster sollen über den Lokalen Aktionsplan in aktive und präventiv wirkende Aktionen münden.

1.3. Beschreibung der besonderen Problemlage im Fördergebiet zur Thematik Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Die sich rasant verschlechternden Lebensbedingungen durch Abbau bzw. Zentralisierung von Infrastruktur im ländlichen Raum bilden einen Nährboden, auf dem rechtsextreme Parteien mit subtilen und unauffälligen Maßnahmen dafür sorgen, dass "Soziales erhalten bleibt". Diese subtile Besetzung (z.B. Belziger Verein "Ein Herz für Deutschland") neuralgischer Punkte im sozialen Gefüge (Jugendarbeit, Bildung, Fürsorge) durch Rechtsextreme war ein Motiv im Hohen Fläming, sich um einen LAP zu bewerben.

Fehlende Arbeitsplätze: Eine Vielzahl an Jugendlichen und jungen Erwachsenen findet keinen Ausbildungsplatz in der Region. Wer die Möglichkeit hat, woanders eine Arbeit bzw. Ausbildung zu bekommen, geht weg. Gleichzeitig sind mehr junge Männer arbeitslos als junge Frauen, 1/4 der Arbeitslosen sind unter 18 Jahren, 3/4 zwischen 20 und 25 Jahren. Es gibt eine immer stärkere Trennung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen im gesellschaftlichen Leben in der Region (Gesellschaftsgefälle). Die Abwanderung führt für die Vereinigungen, die im ländlichen Raum soziale Stärkung begünstigen (Feuerwehr, Fußballvereine, Chöre,...), zu Nachwuchsproblemen. Vereinsmitglieder nutzen oft, ebenso unbewusst wie unverhohlen, rassistische Ausdrucksweisen. Vereine lehnen oft Zusammenarbeit mit Jugendarbeit ab, an dieser Stelle wird die Chance von niedrig-schwelliger professioneller Prävention vergeben. Zudem ist eine Reduzierung von Peergroups zu beobachten. Fast 1/3 der jungen Männer hat keine Chance auf Partnerinnen.

Gesellschaftsgefälle: Die Trennung im gesellschaftlichen Leben nimmt immer mehr zu. Vor allem Belzig und Wiesenburg/Mark haben, gemessen an ihren Einwohnerzahlen, besonders viele Bedarfsgemeinschaften (also Haushalte, die ALG II beziehen). Neben Jugendlichen sind somit auch bereits eine umfassende Zahl von Kindern betroffen. Bildungswege der Kinder aus schwächeren Familien sind häufig zum Nachteil der Kinder vorgezeichnet. Aus finanziellen Gründen ist eine Teilnahme an Angeboten häufig nicht möglich (z.B. Ganztagsschulangebot). Somit fehlen Erfahrungsräume für pädagogisch begleitetes "Soziales Lernen". Chancen zur Grundlegung für Demokratieverständnis werden nicht genutzt.

Schulstandortzentralisierung: Eine hohe Anzahl junger Menschen sind, weg von ihren Lebensorten im Dorf, in anonymisierter Umgebung nun erreichbar für andere Einflusssphären (Ansprechbarkeit für Drogen, rechte Freizeitangebote). Die verringerte freie Zeit im Wohnumfeld und fehlende Angebote verhindern die Entwicklung von Sinnzusammenhängen. Die Vielfalt der am Ort verbleibenden Jugendszene nimmt ab. Alltagsrassismus und schleichende Okkupation des öffentlichen Bewusstseins nehmen zu.

Eine ausreichende <u>Kooperation</u> zwischen Institutionen, Verwaltung und Vereinen fehlt ebenso wie intensive <u>Präventionsarbeit</u>. Schulen haben oft Vorbehalte gegen innerschulische Präventionsarbeit und lassen sie nicht zu. Zeitgleich treten vermehrt repressive Übergriffe am Großschulstandort Belzig auf. Präventionsaktivitäten fehlt oft die Nachhaltigkeit, es mangelt an kooperativen Strategien und Vorgehensweisen. Die Koordinierung und konzeptionelle Einbettung vorhandener Initiativen und Ansätze reicht bislang nicht aus.

<u>Migrationsprobleme/soziale Brennpunkte:</u> Es fehlen alltägliche Möglichkeiten zur Begegnung unterschiedlicher Gruppen. Eine Abschottung der einzelnen Gruppen fördert Ressentiments und Vorurteile.

1.4. Vorhandene Netzwerke, zivilgesellschaftliche Initiativen, Partner und Ressourcen

Das Integrationsnetzwerk im Landkreis Potsdam Mittelmark besteht aus freien Trägern, Vereinen und Behörden. Es hat im Jahr 2007 erstmals eine Integrationskonzeption für Menschen mit Migrationshintergrund erstellt. Diese berührt die Lebensbereiche von Bildung, Ausbildung über Arbeitsmöglichkeiten und finanzieller Situation bis zu medizinischer und sozialer Versorgung und Kontakten im Gemeinwesen.

Die *Jugend Netzwerkstelle Fläming* ist kontinuierliche Ansprechpartnerin und Beraterin zu Fragen der Projektentwicklung und zu Vernetzung von praktischer Jugendarbeit mit Verwaltung und Strukturen der Jugend- und Familienarbeit.

Seit mehreren Jahren existiert eine enge Kooperation zwischen den Jugendkoordinatoren/innen der Region. In informeller Runde werden zentrale Problemlagen erörtert. Nach Möglichkeit werden Strategien und Entwicklungen abgestimmt.

Kees Berkouwer ist *ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter* des Landkreises Potsdam-Mittelmark. Er engagiert sich insbesondere für Flüchtlinge.

Ende 2006 hat sich in Brück die *Bürgerinitiative TuWaS* (Toleranz und Weltoffenheit aus Solidarität) aufgrund fremdenfeindlicher Vorfälle gegründet. Sie setzt sich aus 10 Frauen zusammen (ehem. Lehrerinnen, Seniorinnen sowie Jugendarbeiterinnen). Mit Hilfe kleinerer Projekte wie: Film- und Kochabenden, Reiseberichten usw. möchte die Initiative eine höhere Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt erreichen. Sie sehen in einem starken gemeinschaftsgefühl die höchste präventive Wirkung.

1998 hat das *Info-Café* als Treffpunkt und Veranstaltungsort in Belzig eröffnet. Es ist mittlerweile eine feste Institution in der Region, die die Atmosphäre der Akzeptanz und Toleranz und Weltoffenheit befördert und gelungene Integrationsarbeit leistet. Den Interkulturellen Dialog zu befördern ist zentrales Anliegen der breit gefächerten Bildungsarbeit im Info-Café. Kampagnen, Mahnwachen und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen gehören zum Aufgabenbereich.

Lokale Bündnisse für Familie bestehen in Wiesenburg/Mark seit 2004 und in Belzig seit 2007. Sie bündeln vorhandene familienorientierte Aktivitäten, Initiativen und Angebote zur Verbesserung der Lebensbedingungen und entwickeln neue Ideen.

1.5. Darstellung der bisherigen Maßnahmen und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie deren fachliche Einschätzung

Es gibt eine breite Palette an Aktionen und Projekten, die in der Vergangenheit zum Thema in der Region durchgeführt wurden. Allerdings konnten damit meist nur diejenigen erreicht werden, die dem Thema sowieso schon offen gegenüber stehen. Die Ursache wird dafür vor allem am Mangel an Kontinuität und nicht ausreichender Öffentlichkeitsarbeit gesehen. Erfahrungen zeigen, dass Polizei und MBT bei akuten Notfällen kurzfristig zur Verfügung stehen. Allerdings handelt es sich hier eher um das Löschen eines Feuers als um langfristige Strategieentwicklung.

Regionale Aktivitäten:

- Integration durch Sport (Fußball, Sportfeste, Streetsoccer),
- Projekt der evangelischen Jugend: 30 Jugendliche aus dem Fläming waren im Sommer 2007 in Israel, im Herbst des selben Jahres fand die Rückbegegnung statt,
- Projekt der AWO "Älter werden in Deutschland für Spätaussiedler"
- JKW in j.w.d. "Jugend Kultur Woche janz weit draußen"(9 Tage lang Kunst, Musik, Politik, Sport und Spaß im Hohen Fläming)
- Fläming aktiv gemeinsam gestalten (jährliche offene Konferenz für alle Themen der Regionalentwicklung)
- Fest der Kulturen in 2006 (Fest aller im Fläming lebenden kulturellen Gruppen)
- In Kooperation mit der Gemeinde Wiesenburg/Mark, und den Städten Belzig und Brück fanden in den Jahren 2005 und 2006 CIVITAS-Projekte zum Thema: "Ankommen, Weggehen, Dableiben" und "Wege zum Miteinander" statt.

Amt Brück:

- Aufklärungsveranstaltung zu Rechtsextremismus durch das Mobile Beratungsteam für Bürgermeister, Lehrer und Jugendarbeiter sowie für die Jugendclubnutzer
- Gründung des Bürgerbündnisses "Tu WaS" in der Stadt Brück

Stadt Belzig:

- Aus dem Belziger Forum entstand 1997 das Info-Cafés als Treffpunkt für Migranten und Einheimische. Der Leiter ist selbst Migrant aus Kamerun.
- Gesprächskreise mit JugendMigrationsdienst
- Theaterprojekt "Otwali" (Russisch-deutsche Co-Produktion mit jugendlichen Laienschauspielern, Aufführungen für die Schulklassen in der Region)
- Zukunftswerkstätten zu Perspektiven Jugendlicher im ländlichen Raum

Gemeinde Wiesenburg/Mark:

- Zukunftswerkstatt mit jugendlichen Migranten und Einheimischen zum Thema: "Nebeneinander- Zusammen-Leben"
- Gründung des Wiesenburger Integrationszentrum e.V. in Schmerwitz

Stadt Treuenbrietzen:

 Das Jugendparlament organisiert den j\u00e4hrlichen "Antirassismus-Lauf" und Begegnungsfeste mit Asylbewerbern - Gymnasium "Am Burgwall" seit 1999 "Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage Anti-Rassismus-Gruppe des Gymnasiums führt regelmäßig Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus durch.

2. Ausrichtung des lokalen Aktionsplanes

2.1. Ziele

2.1.1 Leitziele

Im Hohen Fläming ist ein allgemein getragenes Verständnis für gemeinsame, demokratische und humanistische Grundwerte entwickelt. Vielfalt wird als Chance und Bereicherung zur Entwicklung neuer Lebensperspektiven im ländlichen Raum wahrgenommen, nicht als Gefahr oder Bedrohung.

Die Qualität und Vielfalt der Lebensperspektiven im ländlichen Raum als Voraussetzungen für Prävention gegenüber rechtsextremistischen Weltbildern und Ideologien sind erhalten, gefestigt und werden entwickelt.

Die Einwohner und ihre Vereinigungen fühlen sich in ihrem Selbstverständnis demokratischen Werten und Traditionen verpflichtet. Sie sind vor dem Hintergrund dieses Selbstverständnisses selbstbewusst und handlungsfähig.

2.1.2. Mittlerziele

- 1. Der Lokale Aktionsplan liegt als gesamtpolitische, zivilgesellschaftliche Strategie den kommunalen Körperschaften zur Verabschiedung vor. Seine Umsetzung findet in deren Entwicklungs- und Handlungsstrategien Berücksichtigung.
- 2. Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft verstehen sich als gemeinsam wirkende und gleichberechtigte Partner bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien für einen vielfältigen, toleranten und demokratischen Hohen Fläming.
- 3. Zivilgesellschaftliche Gruppen sind partizipativ an der Entwicklung und am demokratischen Aushandlungsprozess sowie an der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes Hoher Fläming beteiligt. Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind durch breite Beteiligung miteinander in Kommunikation.

2.1.3. Handlungsziele

- 1.1 Die beteiligten kommunalen Körperschaften haben ihre Mitwirkung an der Umsetzung der lokalen Handlungsstrategie erklärt und dies in den kommunalen Gremien bis Ende 2007 abgestimmt.
- 1.2 Bis zum Sommer 2008 ist ein Leitbild erstellt wie Prävention von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt im Fläming verstanden wird. Das Leitbild bietet Handlungswege für die präventive Arbeit in der Region an.
- 2.1 Der Begleitausschuss verpflichtet sich bei der Projektbewilligung für eine Ausgewogenheit bei der Zielgruppenberücksichtigung, bei der Methodenvielfalt und der räumlichen Umsetzung im Hohen Fläming zu sorgen.

- 2.2 Projekte, deren Zielgruppe Personengruppen, die Träger rechtsextremistischer Orientierungen
- bzw. deren Zielsetzung sich mit den Handlungsmustern der vorgenannten Personengruppen auseinandersetzt und somit die öffentliche Transparenz erhöht, werden bevorzugt bei der Projektvergabe berücksichtigt.
- 2.3 In jeder Gebietskörperschaft des Zusammenschlusses "Hoher Fläming" wird im ersten Umsetzungsjahr ein Beteiligungsprojekt durchgeführt und ein Leitbild bzw. eine Handlungsidee, wie Prävention von Kindern und Jugendlichen aussehen soll, entwickelt
- 3.1 Zum Abschluss der LAP-Förderperiode 2010 steht im Hohen Fläming eine internetgestützte Kultur- und Freizeitbörse zur Verfügung, die mit den Kommunen, den Verwaltungen, Trägern, Bildungseinrichtungen und Initiativen in der Region verlinkt sind und Vielfalt, Teilnahme und Erziehung zu Demokratie und Toleranz in der Region machbar macht.
- 3.2 Zum Abschluss der 3. LAP-Förderperiode gibt es in jeder Gebietskörperschaft Initiativen oder einzelne Personen, die als kompetente Ansprechpartner zum Thema "Rechtsextremismus,
- Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.
- 3.3 Pro Jahr werden 2-3 Veranstaltungen/Maßnahmen in der Region durchgeführt, die verschiedene Personengruppen miteinander in Kontakt bringen, sie zu gemeinsamer Kommunikation und zum Dialog zum Thema motivieren.
- 3.4 Im 1. Halbjahr der 1. Förderperiode analysiert die Lokale Koordinierungsstelle bei den lokal regionalen Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen, inwieweit Interesse und Vorkenntnisse an der Auseinandersetzung zum Themenspektrum "Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" besteht. Im 2. Halbjahr sammelt die lokale Koordinierungsstelle auf Grundlage der im 1. Halbjahr entstandenen Kontakte die Vorfälle von Unterwanderungen des demokratischen Gemeinwesens durch rechtsextreme Kräfte und erstellt eine Übersicht über antidemokratische Übergriffe auf Mitmenschen in der Region. Im 3. Halbjahr der LAP Förderung werden Motivationsprozesse von der lokalen Koordinierungsstelle angeschoben, die das demokratische Gemeinwesen im Ganzen als auch Personenkreise stärkt, sich bewusst mit dem Thema auseinanderzusetzen und aktiv dagegen zu halten.
- 3.5 Im Laufe der Förderperiode des lokalen Aktionsplans erstellt die lokale Koordinierungsstelle einen Empfehlungskatalog für Integrationsprozesse im ländlichen Raum, in dem sie gelungene Erfahrungen in der ländlichen Region Fläming sammelt und öffentlich macht.

2.2. Handlungskonzept

Die Umsetzung der Handlungsziele erfolgt durch folgende Maßnahmen:

- 1. Zivilgesellschaftliches Engagement stärken
 - aktive Suche nach aktiven Personen oder/und Initiativen im Einzugsbereich
 - Sensibilisierung dieser Menschen für rechtsextreme Entwicklungen in ihren Lebensumfeldern
 - Fachtagungen, Expertengespräche und Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Motivation und Qualifizierung von Akteuren zu selbstbewusstem und streitbarem Umgang mit rechtsextremen Entwicklungen

- lokale Initiativen, Akteure und Projekte in bestehende Netzwerke einbinden oder notwendige neue Strukturen schaffen
- Sensibilisierung und Qualifizierung der etablierten politischen Strukturen auf regionaler und gemeindlicher Ebene für den aktiven Umgang mit rechtsextremen Entwicklungen

2. Erziehung zu Toleranz und Demokratie

- Entwicklung von Ideen zu pragmatischen und lebensnahen Beteiligungsmöglichkeiten (insbesondere von Kindern und Jugendlichen) in den jeweiligen lokalen bzw. kommunalen Zusammenhängen
- Entwicklung und Unterstützung von konkreten Beteiligungsmöglichkeiten und -strukturen und Beteiligungsmodellen, die mittel- und langfristig Teilnehmer an das demokratische Gemeinwesen bindet
- Qualifizierung der Vertreter/innen des Gemeinwesens als Multiplikatoren für o.g. Beteiligungsmodelle

3. Bestehende Bündnisse und Netzwerke stärken und miteinander verknüpfen

- Unterstützung bei der Kooperation bestehender regionaler Netzwerke
- Nutzung bestehender lokaler, regionaler und landesweiter Beratungs- und Unterstützungssysteme vor Ort

4. Internationale und interkulturelle Begegnungen fördern

- Durchführen von Veranstaltungen interkultureller Zusammenarbeit (Fest der Kulturen im Fläming, Israelaustausch, Kamerun-Schulprojekt, US-Fußballerprojekt)
- Entwicklung und Umsetzung von Projekten, die internationale Begegnung und Zuwachs an interkultureller Kompetenz fördern

5. Trends und Strategien des Rechtsextremismus offen legen

- Weiterbildungen organisieren, aktuelles Informationsmaterial verfügbar machen, Informationsangebote für Eltern anbieten
- Entwicklung von Formen der Öffentlichkeitsarbeit, die rechtsextreme Strategien betreffen
- öffentliche demokratische Besetzung von Themen der Rechten
- Entwicklung von Kompetenzen zur Auseinandersetzung mit "qualifizierten" Rechten

6. Alternativkulturen im Jugendbereich stärken und entwickeln

- Jugendarbeit in den einzelnen Gebietskörperschaften intensivieren.
- Entwicklung von realistischen Konzepten im Umgang mit rechtsextremen jungen Menschen, die potenziellen oder tatsächlichen rechtsextremen Jugendlichen Wege zurück ins demokratische Gemeinwesen anbieten und ermöglichen

2.3. Zielgruppen

Folgende Zielgruppen wurden definiert:

Jugendliche in den strukturschwachen Regionen:

Hier sollen vernetzte Angebote zur sozialen Integration greifen. Die Jugendlichen brauchen Unterstützung bei der realen Zukunftsplanung und Beteiligung.

Kinder und jüngere Jugendliche als neue Zielgruppe:

Grundlagen für fremdenfeindliches Verhalten werden bereits im Kindesalter gelegt, deshalb soll hier bereits mit sozialem Lernen und altersgemäßer Prävention angesetzt werden.

MigrantInnen:

In der Gemeinde Wiesenburg/Mark, in Brück Ausbau und im Klinkengrund in Belzig befinden sich Lebenszentren von Migranten diverser Herkünfte. Dort soll Wissen um rechtsextreme Strukturen und Verhaltensmuster vermittelt werden, um aktives sich schützendes und präventives Handeln zu stärken. Zudem geht es hier um eine stärkere Öffnung ins Gemeinwesen.

Eltern, Sozialpädagogen, Lehrer und Erzieherinnen:

Vernetzung sowie Info- und Erfahrungsaustausch wird gefördert, um Wegschauen und Aussitzen zu ächten.

MultiplikatorInnen in Verwaltung, Jugendarbeit und Bildung:

Unkenntnis über interkulturelle Handlungsoptionen gegenüber fremdenfeindlichem Verhalten wird durch Vernetzung und Austausch abgebaut.

Einflussreiche, lokale zivilgesellschaftliche Akteursgruppen:

Wirtschaftsbetriebe, Kirchenvertreter und Lokalpolitiker sind wichtige Meinungsträger in der Region. Durch koordiniertes, gemeinsames Handeln und gemeinsames Verständnis von Prävention entsteht eine starke Verantwortungsgemeinschaft, die im Schulterschluss rechtsextremen, fremdenfeindlichen und anti-semitisch handelnden Organisationen keine Angriffsfläche mehr bietet.

3. Gender Mainstreaming

Der lokale Aktionsplan wird unter Gender-Aspekten erstellt. Dies bedeutet die Gleichstellung der oftmals unterschiedlichen Bedürfnisse und Wünsche von Frauen/Mädchen und jungen Männern in der Umsetzung des LAP. Mädchen und Jungen, Frauen und Männer werden gleichermaßen in die Erstellung und Umsetzung einbezogen, um die jeweiligen Interessensund Bedürfnislagen zu berücksichtigen.

Es geht darum, sowohl in der Gesamtstrategie als auch bei der Durchführung der Einzelprojekte einen gleichberechtigten Zugang für Mädchen und Jungen, Frauen und Männer zu gewährleisten. Die einzelnen Projekte entwickeln aufgrund entsprechender Analysen der jeweiligen Gendersituation zielgruppenorientierte Maßnahmen.

Die Teilnehmer/innengruppen sind i.d.R. bei den Einzelprojekten Geschlechter-gemischt. Die Wirkungen von Veränderungen für Frauen und Mädchen sowie für Männer und Jungen in ihrem Umfeld werden vor der Umsetzung einzelner Vorhaben thematisiert. Einzelne Vorhaben werden auch nach dem Kriterium der Ausgewogenheit der Interessen von Frauen und Mädchen bzw. Männern und Jungen ausgewählt.

Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Potsdam-Mittelmark (Ines Angelika Lübbe) ist Kooperationspartnerin der Lokalen Koordinierungsstelle und stellt sich als Beraterin dem Begleitausschuss zur Verfügung.

Zur Sensibilisierung zum Thema führt die Lokale Koordinierungsstelle spezielle Fortbildungen zur gleichberechtigten Berücksichtigung der Interessen von Jungen und Mädchen, Männern und Frauen durch.

Im Rahmen der Projektevaluierung durch die Koordinierungsstelle und letztendlich bei der Evaluierung der Umsetzung durch den Begleitausschuss werden per speziellen Fragebogen Rückschlüsse bezüglich der Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen und Bedürfnislagen von Jungen und Mädchen, Männern und Frauen möglich. Die Ergebnisse werden in Folge für die nächste Bewilligungsrunde der Projektanträge als ein Maßstab für Aktionen, Veranstaltungen und Maßnahmen im Rahmen des lokalen Aktionsplans genutzt.

In der Öffentlichkeitsarbeit wird auf eine ausgewogene Darstellung beider Geschlechter geachtet, sodass eine gleichberechtigte Ansprache gewährleistet wird.

4. Umsetzung

4.1. Kurzdarstellung der Projektideen

Im 1. Jahr wird über die Kooperationspartner der LAP als Strategie in der Region in der Breite kommuniziert. Erste Projekte werden durchgeführt, diese, wie auch das formal-rechtliche Verfahren werden evaluiert. Qualifizierungsprozesse insbesondere für den Begleitausschuss und das Ämternetzwerk werden angeschoben.

Es geht darum, über Beteiligungsprozesse und Projektmaßnahmen hautnah Erfahrungen mit Demokratie, Toleranz und einer vielfältigen und "bunten" Gesellschaft zu machen. Dazu gehören sowohl positive Selbsterfahrungen als auch sinnvoller Umgang mit Misserfolgen und Rückschlägen.

Geplant sind Kooperationen zwischen Schule, außerschulischer Bildung und Jugendsozialarbeit:

- Nutzung der Projekttage zur Durchführung von Perspektiv-Werkstätten;
- Entwicklung einer demokratischen Alltagskultur in Einrichtungen, in dem Kinder und Jugendliche Verantwortung übernehmen und Erwachsene Verantwortung abgeben;

Schule:

- Kennenlerntage in den 7. Klassen für Eltern, Lehrer und Schüler um die Neuorientierung zu erleichtern sowie Transparenz und demokratisches Miteinander zu fördern;

Multiplikatoren:

- Stabilisierung der Angebote der Ehrenamtlichen;
- Durchführen von Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen zum Thema (rechts)extremer Gruppierungen, speziell im Hohen Fläming, mit Ideenphasen für kreative Prävention;

Gemeinwesenarbeit:

- Zahl X von unter 25jährigen in gemeinnützige Arbeit bringen (in enger Kooperation mit der Freiwilligenkoordinatorin des Landkreises);
- Aktives aufsuchen und Projektentwicklung für "perspektivlose, labile und erfolglose" junge Menschen (durch gemeinnützige Arbeit eigenes Wohnumfeld gestalten);
- "Auflagen" (z.B. Besuch eines Elternkurses) machen seitens Betreuer ASD, Arbeitsagentur, MAIA..für sozial schwache, oftmals "abgehängte" Familien;

Jugendarbeit:

- JKW in j.w.d. (JugendKulturWoche in janz weit draußen);
- Stärkung alltäglicher Jugendarbeit in Kommunen und untereinander;

Prävention und Beratung:

- enge Zusammenarbeit mit der Polizei bei der auch Vermittlungshilfen für betroffene Familienangehörige an professionelle Beratungsstellen geleistet werden kann;

Gender Mainstreaming:

- Prozess der jugendlichen Identitätssuche stärken, unterstützen;
- Jungenarbeit in der Region mit praktikablen Projektlösungen untersetzen, durch Öffentlichkeitsarbeit bekannt machen (Erhöhung der Akzeptanz bislang unterbesetzter Arbeitsfelder);
- Mentorenmodelle für junge Menschen entwickeln speziell für junge Männer;

Elternarbeit:

- Elternschule für kleine Kinder, aber auch für Jugendliche in der Pubertät;
- Lernen durch tun, Unterstützung für aktive Menschen/Akteure;
- Kommunikationsunterstützende Aktivitäten + Orte schaffen;

4.2. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen

Im Interesse des Lokalen Aktionsplanes wird eine aktive Informationspolitik betrieben, konzeptionell geplant und fortgeschrieben.

I. Der lokale Aktionsplan wird bekannt gemacht:

Im Rahmen der Erstellung und Fortschreibung des LAP

- in den Gemeindevertretungen und Amtsausschüssen des Hohen Fläming
- durch die Regionalkonferenz im Hohen Fläming zum LAP
- durch Zeitungsberichte zur aktuellen Situation des LAP-Verfahrens
- in den Amtsblättern der Gebietskörperschaften des Hohen Fläming und im Amtsblatt des Landkreis Potsdam-Mittelmark
- über die Kooperationsplattformen in Form des Ämternetzwerks des Hohen Fläming und des Begleitausschusses des LAP Hoher Fläming
- über eine kontinuierliche Berichterstattung in den regionalen Zeitungen

Darüber hinaus werden alle Gelegenheiten genutzt, um auf das mit dem LAP verbundene Potenzial für die Entwicklung von Demokratie und im Kampf gegen den Rechtsextremismus insbesondere auch innerhalb der Verwaltungen selbst hinzuweisen.

Die Koordinierungsstelle (Jugend Netzwerkstelle Fläming) informiert die Bürgermeister und Amtsdirektoren sowie die engagierten und organisierten EinwohnerInnen im Rahmen von Infomails und Expertengesprächen über den LAP.

II. Die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Ergebnisdarstellung wird unterstützt durch entsprechende Dokumentationen, wie z.B.:

- Informationsmaterial über den LAP (1-2-seitige Kurzfassung mit optisch wirksamer Gestaltung für die allgemeine Information, wie z.B. Flyer, Plakate),
- Berichte zum Stand der Fortschreibung/ Umsetzung (Kurzberichte über den Stand der Umsetzung und Zusammenfassung von Ergebnissen, z.B. als vorbereitete Presseinformationen).
- andere Veröffentlichungen in den Medien (z.B.Interviews),
- Vorträge (bei Veranstaltungen in Abstimmung mit dem Veranstalter),

- Schautafeln, Aufsteller (für die Öffentlichkeitsarbeit in Räumen, Ausstellungen, Veranstaltungen). Alle Veröffentlichungen werden im Dialog mit Mediaconsult erstellt, auf das entsprechende Koordinations- und Unterstützungsangebot wird zurückgegriffen.

4.3. Gewährleistung der internen Kommunikation zwischen den beteiligten Akteur(inn)en

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und auch zur effektiven Projektabwicklung wird auf das Internet zurückgegriffen. Dabei wird der LAP in das Internetkonzept der Jugend Netzwerkstelle Fläming und, nach Möglichkeit, in die des Landkreises auf exponierter Stelle eingebunden. Ein entsprechender Informationspool wird im Internet eingerichtet: Inhalte sind

- Projektbeteiligte/ Teammitglieder (Funktion, Aufgaben, Adressen werden aufgelistet)
- Ansprechpartner (Auflistung aller am LAP Beteiligter)
- Terminplanung (Gesamtterminplanung, Meilensteine und wichtige Termine werden aufgelistet)
- Archiv (Verweisung auf relevante Dokumente)
- Projektstatus (Aktuelle Projektstatusberichte können eingesehen werden)
- Service (Kontakte, Suche, Mail-Service)
- Diskussionsforum (Hinweise, Fragen, etc. zu projektrelevanten Problemen)

Die interne Kommunikation zwischen den Beteiligten wird gewährleistet durch: Regelmäßige Besprechungen, sie sind unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit. Turnusmäßige Besprechungen finden wie folgt statt:

- Ämternetzwerk: mindestens halbjährlich
- Begleitausschuss: einmal im Quartal
- federführende Gemeinde und Lokale Koordinierungsstelle: monatlich

Die lokale Koordinierungsstelle pflegt Vorortkontakte zu den LAP-Partnern und zeigt dichte Präsenz bei den Akteuren

Entsprechende Besprechungspläne werden geführt. Die Teilnehmer werden zeitgerecht förmlich eingeladen. Über die Sitzungen werden Beschlussprotokolle geführt. Der Informations- und Erfahrungsaustausch wird über E-Mail ergänzt.

4.4. Einbindung des Lokalen Aktionsplans in bestehende oder geplante kommunale Entwicklungskonzepte

Der lokale Aktionsplan bietet die Chance, querschnittsorientiert in alle Bereiche eines funktionierenden Gemeinwesens hineinzureichen. Der Hohe Fläming ist ein ländlich strukturierter, fernab der Ballungszentren gelegener Lebensraum. In ihm greifen insbesondere Konzepte der ländlichen Entwicklung. Das bedeutet, dass der Lokale Aktionsplan von den Gemeindevertretungen, Amtsausschüssen und Stadträten in die Leitlinien und strategischen Planungen seiner Träger Eingang findet. Und somit in die weiteren Entwicklungsplanungen als ein Schwerpunktthema aufgenommen werden kann. Dorfentwicklungsplanungen und Stadtentwicklungskonzepte können somit gerade im, von den Planern oftmals stief kindlich behandelten, sozialen Teil inhaltlich fundiert mit Maßnahmenkomplexen untersetzt werden und in der Zielsetzung auftreten.

Der lokale Aktionsplan bietet zudem die Möglichkeit, das touristisch definierte Leitbild der Region um den wesentlichen Aspekt des respektvollen Miteinanderlebens zu ergänzen. Im Sinne eines Abbaus von Barrieren in den Köpfen wird Toleranz und Demokratie gestärkt. Dies ist Ausgangshaltung für ein vielfältiges und bunt gemischtes Gemeinwesen, eine lebenswerte Region Hoher Fläming mit Perspektiven für ein weiteres friedliches Miteinander.

Auf Landkreisebene werden die Aktionen und Zielsetzungen in den Jugendhilfeausschuss getragen und dort in die weitere Jugendhilfeplanung aufgenommen. Im Bereich der Wohnstandortentwicklung ist die Erstellung und Umsetzung eines lokalen Aktionsplans ein vermarktbares Gütezeichen und soll entsprechend bei den weiteren Planungen Berücksichtigung finden.

In das Konzept der lokalen Aktionsgruppe LEADER+ wird das Leitbild ebenfalls mit dem lokalen Aktionsplan untersetzt.

4.5. Organisatorische Struktur

Durch das Projektideenvorschlags- und Entscheidungsverfahren im Zusammenwirken von Begleitausschuss, Ämternetzwerk und Koordinierungsstelle ist eine lösungsorientierte und basisdemokratische Struktur entstanden.

4.5.1. Ämternetzwerk

Das Ämternetzwerk besteht aus jeweils einem Vertreter der Verwaltungen der Gemeinde Wiesenburg/Mark, der Stadt Treuenbrietzen, der Stadt Belzig, der Ämter Brück und Niemegk. Federführende Gemeinde ist Wiesenburg/Mark in Vertretung der Bürgermeisterin Frau Klembt. Die im Netzwerk vertretenen Ämter beteiligen sich aktiv an der Entwicklung, Implementierung und Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans. Die Fachämter unterstützen bei der Entwicklung und Umsetzung von Einzelprojekten mit Ressourcen und Fachkompetenz. Das Netzwerk trifft sich dazu alle sechs Monate.

4.5.2. Begleitausschuss

Der Begleitausschuss entscheidet auf der Grundlage des Lokalen Aktionsplans und der Programmleitlinien, welche Einzelprojekte gefördert werden sollen und damit darüber, welche Fördermittel in welcher Höhe an wen vergeben werden. Darüber hinaus begleitet er die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans und trifft Entscheidungen hinsichtlich der Fortschreibung mit. Der Begleitausschuss tagt in der Regel alle drei Monate.

Der Begleitausschuss besteht aus 11 Mitgliedern: je 1 Vertreter aus den beteiligten Verwaltungen, 1 Vertreter des Landkreises Potsdam-Mittelmark und weitere 5 Vertreter aus der Zivilgesellschaft.

Im Begleitausschuss sitzen derzeit:

Für die Gemeinde Wiesenburg/Mark die Bürgermeisterin, Barbara Klembt (als Vertreter Jugendkoordinator Hans Tabel).

Für die Zivilgesellschaft Horst Herre, Vorsitzender des TSV Wiesenburg.

Für die Stadt Belzig Peter Lehmann, Leiter Jugendzentrum Pogo.

Für die Zivilgesellschaft Helmut Kautz, evangelischer Jugendpfarrer der Region.

Für das Amt Brück, Dagmar Fischer, Leiterin des Sozialamts, (als Vertreterin Jugendkoordinatorin Wenke Hanack).

Für die Zivilgesellschaft Hannelie Fischer von der Bürgerinitiative "Tu WaS" (als Vertreterin Ursula Vollet Bürgerinitiative "Tu WaS").

Für die Stadt Treuenbrietzen, Ursula Fischer, Leiterin des Bürgeramts (als Vertreter Jugendkoordinator Ronny Bode).

Für die Zivilgesellschaft Karin Link, Lehrerin am Treuenbrietzener Gymnasium "Am Burgwall" Schule mit Courage.

Für das Amt Niemegk, Petra Schroedter, Mitarbeiterin des Fachbereichs FB I allgemeine Ordnung und Verwaltung, (als Vertreterin Daniela Albrecht, ebenfalls FB I). Für die Zivilgesellschaft, Hartwig Matthäs vom neuen Volkstheater Niemegk (als Vertreter, Frank Quella, Schulamt Brandenburg und ehrenamtlicher Fußballtrainer).

Für den Landkreis Potsdam-Mittelmark, Hans Scholz, Mitarbeiter des Fachdienstes Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Jugendförderung.

4.5.3. Lokale Koordinierungsstelle

Die Lokale Koordinierungsstelle ist zentrale Ansprechpartnerin für den Arbeitsverbund des Lokalen Aktionsplans. Sie wird von der Jugend Netzwerkstelle Fläming besetzt. Ansprechpartnerin ist Andrea Isermann-Kühn

Zu ihren Aufgaben gehört:

- die Beratung der Projektträger
- die Begleitung der Arbeit des lokalen Begleitausschusses
- die Koordinierung der Projekte zur Umsetzung
- die Steuerung der Implementierung und Fortschreibung des LAP
- die Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Programms und des LAP
- die Gewährleistung der Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung des Programms
- die datenmäßige Erfassung der Projektdaten und -ergebnisse
- die Erstellung der Gesamtdokumentation

5. Evaluierung

5.1. Angaben zum vorgesehenen Controlling der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans

Das Controlling ist schwerpunktmäßig auf drei Ebenen organisiert. Die erste Ebene bildet den strategischen Rahmen ab. Hier werden die für die Erstellung und Ausrichtung des LAP relevanten Strukturen wirken. Der Begleitausschuss wird sich mindestens quartalsmäßig treffen, um den Stand der Umsetzung des LAP, den Grad der Zielerreichung und mögliche Perspektiven sowie ggf. notwendige Korrektur- oder Unterstützungsmaßnahmen zu erörtern. Das Ämternetzwerk wird einmal im Halbjahr zusammenkommen, um vor dem Hintergrund der eigenen, unterstützenden Funktion den Realisierungsstand des LAP und relevante Handlungsnotwendigkeiten zu diskutieren.

Die zweite Ebene wird über die operative Struktur abgebildet. Es ist vorgesehen, mindestens monatlich zu Auswertungen und Absprachen zwischen dem federführenden Amt und der Lokalen Koordinierungsstelle zusammenzukommen. Dort wird es auch zur Bearbeitung von Fragen kommen, die deutlicher auf der Ebene der Handlungsziele bzw. der tätigen Projekte und Träger liegen.

Die dritte Ebene wird über die unterstützende Funktion des externen Coaches abgebildet, der aus der notwendigen Distanz heraus einen konstruktiven Beitrag zum Controlling leisten kann.

5.1. Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Selbstevaluation und Qualitätssicherung der Einzelprojekte

Die Selbstevaluation im Rahmen der Umsetzung des LAP ist eng an die Controllingstrukturen gekoppelt. Alle im o. g. Zusammenhang tätigen Strukturen beschäftigen sich in den geplanten Abständen mit der Wirksamkeit des LAP bzw. dem sichtbaren Grad der Zielerreichung, auftretenden förderlichen oder hemmenden Faktoren und notwendigen Korrekturmaßnahmen. Dabei werden diese Strukturen in Abhängigkeit von ihrem Aufgabenspektrum unterschiedliche Perspektiven (strategisch – operativ) einnehmen müssen. Die Option der Korrektur auf allen Zielebenen spätestens im Vorfeld der Fortschreibung des LAP ist in allen Gremien ausdrücklich einkalkuliert.

Im Rahmen der Tätigkeit der Lokalen Koordinierungsstelle sind regelmäßige Kontakte zu den Akteuren vor Ort bzw. zu bestehenden amtlichen oder zivilgesellschaftlichen Netzwerken vorgesehen. Diese Kontakte werden auch für das Einholen realistischer feed backs und die Diskussion von Veränderungsmöglichkeiten genutzt werden. Diese Bewertungen wiederum werden in die o. g. Systeme eingespeist.

Die Realisierung des Berichtswesens für das BMFSFJ wird einen weiteren Rahmen für die Selbstevaluation abbilden. Dabei wird im durch die gsub vorgegebenen Zeitplan sowie entsprechend der relevanten Erfassungsbereiche agiert.

Im Rahmen des externen Coaching werden klausurartig zu mindestens einem festgelegten Zeitpunkt der Entwicklungsstand und die Perspektiven des LAP bearbeitet werden. Die Qualitätssicherung für die Einzelmaßnahmen in der Umsetzung des LAP wird strukturell zum einen durch einen Kriterienkatalog abgefangen, der im Begleitausschuss entwickelt wird und Anforderungen an die Projekte und Träger skizziert, die im LAP aktiv werden wollen. Daneben muss jedes beantragte Projekt eine Darstellung von spezifischen Handlungszielen, Erfolgskriterien und Möglichkeiten der Messung beinhalten. Diese Darstellungen sind für Begleitausschuss und Koordinierungsstelle Grundlage der Evaluation der umgesetzten Einzelmaßnahmen.